



Protokollauszug

aus der
36. (außerordentliche) öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam
vom 02.11.2011

öffentlich

Top 3.2 **Museum Lindenstraße 54/55**
11/SVV/0623
vertagt

Die Vorlage wird namens der Fraktion BürgerBündnis von der Stadtverordneten Bankwitz eingebracht.

Entsprechend den Ausführungen des Oberbürgermeisters Herrn Jakobs stehe die Stadt in engen Verhandlungen mit dem Land und es sei beabsichtigt, eine Beschlussvorlage, verknüpft mit einem konkreten inhaltlichen Konzept sowie einem Finanzierungskonzept in die Stadtverordnetenversammlung einzubringen. Im Weiteren teilt er mit, dass beabsichtigt sei, das Stellenpotenzial um 4 ½ Stellen zu vergrößern; die entsprechende Finanzierung sei mit dem Land abgestimmt. Die **Empfehlung** des Oberbürgermeisters, den letzten Satz zu **ändern**: „Eine Beschlussvorlage ist der Stadtverordnetenversammlung im Dezember vorzulegen.“ wird von der Antragstellerin **übernommen**.

Anschließend weist die Stadtverordnete Dr. Schröter als Vorsitzende des Ausschusses für Kultur darauf hin, dass sich dieser Ausschuss bereits mit der Thematik befasst habe und zu diesem Antrag folgende Änderung vorschlägt:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, wie die Gedenkstätte Lindenstraße als Teil des Potsdam-Museums die erweiterten Aufgaben mit einer ausreichenden Personalausstattung (in Abstimmung mit dem Land) wahrnehmen kann.

Antrag zur Geschäftsordnung:

Die Stadtverordnete Hüneke, Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, beantragt, die **Drucksache 11/SVV/0623** bis zur Vorlage eines Konzeptes in der Dezembersitzung 2011 **zurückzustellen**.

Abstimmung:

Dieser Geschäftsordnungsantrag wird

mit Stimmenmehrheit angenommen,

bei einigen Gegenstimmen
und zahlreichen Stimmenthaltungen.

Vom Stadtverordneten Brödnö, Fraktion Die Andere, wird angeregt, mit den Opferverbänden zu sprechen und eine Anbindung an die Brandenburgischen Gedenkstätten in Erwägung zu ziehen.

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zeitnah dafür Sorge zu tragen dass das Museum Lindenstraße 54/55 eine eigenverantwortliche Trägerschaft mit ausreichend Personal erhält.

Ein Bericht ist in der Stadtverordnetenversammlung im November 2011 vorzulegen.

